

Dabei leisteten ihm seine perfekten italienischen Sprachkenntnisse, die er als einstiger Führer des Christlichen Vereins junger Männer (YMCA) in Rom erworben hatte, gute Dienste. Wenn man seine Aufsätze: „The Pope calls a Council“ (Der Papst beruft ein Konzil) genauer liest, meint man fast, daß Nelson als gewandter Amerikaner und Protestant von den hochgestellten Gesprächspartnern anscheinend etwas mehr erfahren konnte als gewöhnliche Sterbliche. So ist er mit nicht geringen Erwartungen abgereist.

Die Hauptfrage von Dr. Nelson ist natürlich, ob das II. Vaticanum das ökumenische Klima verbessern wird und welche Möglichkeiten sich dafür anbieten. Er hat sich seine Beobachtungen nicht leicht gemacht, denn er hat seine Ermittlungen damit vorbereitet, daß er zunächst von 70 Freunden in den USA, Protestanten, Orthodoxen und römischen Katholiken, Gutachten über ihre Konzilerwartungen sammelte, so daß er in Rom etwas vorzulegen hatte, Zweifel wie Hoffnungen. Auch sein Bericht ist nicht nur hoffnungsvoll, und doch rechnet Nelson damit, daß durch das Konzil auf jeden Fall eine größere ökumenische Offenheit in die katholische Kirche einziehen wird, da nach seiner Erkundung das Konzil vom Papst ausgesprochen im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Ökumenischen Bewegung einberufen worden sei, damit die römisch-katholische Kirche durch ihre Erneuerung dieser Bewegung gegenüber stärker sei als bisher.

Um die Anerkennung eines „christlichen Pluralismus“

Die Schwerpunkte seines Interesses als Protestant liegen auf folgenden Themen: Erweiterung der kollegialen Mitverantwortung der Bischöfe, Ausdehnung der Zuständigkeit des Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen nach Möglichkeit auch auf die Orthodoxen — übrigens sieht er in der Gründung des Sekretariats nicht nur eine Anerkennung der „getrennten Christen“ als wirkliche Christen, sondern auch eine De-facto-Anerkennung ihrer Kirchen, die allerdings erst bei der Prozedur der Einladung ihrer führenden Persönlichkeiten ganz erkennbar sein werde —, sodann in dem Ausmaß der Heranziehung der Laien zur kirchlichen Verantwortung, in gewissen politischen Grundsatzfragen, wie z. B. Toleranz und Gewissensfreiheit, auch der Lehre vom sog. gerechten Krieg, und schließlich in der Möglichkeit, den „Ultraditionalismus“ der von Italienern beherrschten römischen Kurie durch eine Reform zu überwinden.

Nelson äußert zunächst seine Zufriedenheit mit der Vorbereitung des II. Vaticanums, die sehr viel gründlicher und umfassender sei als die beim I. Vaticanum. Heute kämen alle Mitglieder und Konsultoren der Kommissionen und Sekretariate an das gesamte Material heran. Er glaubt zu wissen, daß die in der Kommission für das Laienapostolat tätigen Bischöfe alles tun, um sich ihrerseits von den an der unmittelbaren Arbeit ausgeschlossenen Laien möglichst sorgfältig unterrichten und beraten zu lassen. Der zuständige Kardinal Cento habe ihm versichert, „daß der Standpunkt der Kommission nicht ausschließlich der lateinische sein wird“. Hinsichtlich der Anerkennung eines „christlichen Pluralismus“ durch die berühmte Toleranzrede Papst Pius' XII. im Dezember 1953 an die katholischen Juristen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 173 ff.) wurde Dr. Nelson von allen Seiten, wie er schreibt auch von „sehr konservativen Kreisen“, darüber unterrichtet, daß diese Rede als Lehre des Papstes durch das Konzil weder umgeworfen noch unterminiert werden würde.

Aus seinen mehrfachen Gesprächen mit Kardinal Bea weiß er zu melden, daß es von katholischen Voraussetzungen her sehr schwer sei, eine theologische Basis für die Anerkennung eines christlichen Pluralismus zu finden. Darum werde die Frage der religiösen Freiheit, an der der Weltrat der Kirchen vital interessiert ist (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 140 und 184), gemeinsam von der theologischen Konzilskommission und dem Sekretariat für die Einheit beraten werden. Auch die Kommission für die Missionen sei an der Frage interessiert, aber Dr. Nelson meint hier ein gewisses Unbehagen feststellen zu müssen, sie zu diskutieren. Dennoch kommt er auf Grund aller seiner Informationen zu der Überzeugung, daß das Konzil sich für die Unverletzlichkeit des Gewissens aussprechen werde.

Bemerkenswert sind schließlich die gleichzeitig in Rom wie in Genf eingeholten Informationen, daß keine Glaubensgespräche zwischen römisch-katholischen und orthodoxen Theologen stattfänden und daß die Orthodoxen die Verwendung der byzantinischen Liturgie durch den Papst persönlich anlässlich der Weihe von Erzbischof Coussa im April dieses Jahres, die seine Achtung vor der Orthodoxie bezeugen sollte, als „eine Usurpation“ abgelehnt hätten.

Die Aufsätze schließen mit der Aufforderung an alle Christen, sie sollten auf einen guten Ausgang des Konzils hoffen und dafür beten, daß eine „gereinigte“ katholische Kirche daraus hervorgehen möge, die jede Intoleranz ablegt und die erkennt, daß „die Kirche zuerst und hauptsächlich aus Laien besteht“. Er betont, daß die Christen außerhalb der Jurisdiktion Johannes' XXIII. immer noch einen beträchtlichen Einfluß auf die römisch-katholische Kirche und die Gestaltung des Konzils hätten, indem sie von jeder Möglichkeit der Kontakte und Gespräche Gebrauch machen. Er läßt allerdings auch unverkennbar am Schluß durchblicken, daß die römisch-katholische Kirche nach dem Konzil leichter von den Lehren der Reformation durchdrungen werden könne. Daher ermahnt er die evangelischen Gläubigen, ihren Glauben zu festigen.

Aus der islamischen Welt

Der Kurdenaufstand Im Sommer dieses Jahres kam es im Irak

Irak zu einem Aufstand einiger Kurdenstämme, der von der irakischen Regierung längere Zeit geheimgehalten wurde. Erst am 14. September veröffentlichten irakische Zeitungen die ersten Nachrichten über die Erhebung, und am 23. September gab General Kassem schließlich die Niederschlagung einer „imperialistischen Verschwörung“ im Norden des Landes bekannt.

Die Bedeutung und Auswirkung dieses Kurdenaufstandes für die irakische Politik ist erheblich. Er beweist die Rückkehr der irakischen Regierung zur repressiven Minderheitenpolitik — wie sie seit Jahrzehnten praktiziert wurde. Darüber hinaus erweist es sich, daß die nationalen und religiösen Minderheitenprobleme in den arabischen Staaten (Drusen und Alawiten in Syrien, Berber in Marokko, Heiden und Christen im Sudan, Kopten in Ägypten usw.) noch keineswegs gelöst sind und daß manche der arabischen Regierungen nicht davor zurückschrecken, sie durch bloße Anwendung von Gewalt zu lösen, ebenso wie es den „Imperialisten“ zum Vorwurf gemacht wird, wenn auch mit noch größerer Rücksichtslosigkeit.

Die Kurden sind ein Bergvolk, das sich aus einer größeren Anzahl von Stämmen und Familien zusammensetzt und deren Siedlungsgebiet etwa von Mossul (Irak) im Süden bis nach Aserbeidschan in den sowjetischen Kaukasus reicht. Der Schwerpunkt der kurdischen Niederlassung liegt in der Türkei, große Gruppen siedeln im Iran und im Irak, kleinere in Syrien und in der Sowjetunion. Die genaue Zahl der Kurden ist so gut wie unbekannt, denn jede der Regierungen, in deren Ländern es Kurden gibt, hat ein natürliches Interesse daran, deren Zahl wenigstens auf dem Papier möglichst geringzuhalten. Es wird angenommen, daß in der Türkei 2—2,5 Millionen, in Persien mehr als 1 Million und im Irak wenigstens 800 000 Kurden leben. Das Siedlungsgebiet der Kurden, das sog. „Kurdistan“, ist zum größeren Teil nur schwer zugängliches Bergland.

Das Gemeinsame der Kurden ist ihre (indogermanische) Sprache, durch die sie sich sowohl von den Arabern als auch von den Persern und Türken unterscheiden (es gibt bis jetzt nur Ansätze einer kurdischen Schriftsprache). Der Religion nach sind die Kurden, so wie die Türken, strenge Sunniten. Die typischen Minderheitsmerkmale ergeben sich vor allem durch die Stammesverfassung, die die Lebensweise der Kurden bestimmt. Der osmanischen Zentralregierung ist es niemals gelungen, die Kurden zu unterwerfen (sowenig wie die Beduinenstämme im Innern Arabiens), und die Kurden strebten immer nach einer natürlichen Autonomie, d. h. nach der Unabhängigkeit von fremden Steuereinnehmern, waren gegen die Einmischung in die Stammesfehden und für die Einschränkung der Herrschaftsgewalt der jeweils herrschenden Familien oder Stämme. Da die jeweilige Zentralregierung ihrerseits nicht davor zurückschreckte, ihre Herrschaftsansprüche gewaltsam, d. h. ohne jede Rücksicht auf kurdische Verluste, durchzusetzen, verschärfte sich die Antagonie zwischen Kurden und Türken oder Arabern gelegentlich zu gegenseitigem Haß.

Einen kurdischen Nationalismus gibt es in Ansätzen bereits seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts. Schon 1902 wurde in Europa von französisch geschulten kurdischen Intellektuellen ein „kurdisches Nationalkomitee“ gegründet, das die Schaffung eines kurdischen Nationalstaates erstrebte. Als das Osmanische Reich unter den Westmächten aufgeteilt wurde, bestanden sogar gewisse Aussichten für die Verwirklichung dieses Planes. So sah der Friedensvertrag von Sèvres (1920) die Schaffung eines kurdischen Nationalstaates vor, doch konnte Kemal Pascha den größeren Teil Kurdistans in seine Gewalt bringen.

In der Folge hörten die Aufstände der Kurden, besonders im Irak und Persien, kaum noch auf. Die Verteilung der Kurden auf drei Staaten und ihre kriegerischen Fähigkeiten machten sie zum dankbaren Objekt der Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Türken z. B. unterdrückten zwar ihre eigenen, unterstützten aber die Kurden je nach der politischen Situation in Syrien, Persien oder dem Irak. England unterdrückte zwar die kurdischen Aufstände im Irak in den zwanziger Jahren, unterstützte aber die Kurden bei der Bekämpfung der türkenfeindlichen Minderheiten im Erdölgebiet von Mossul und in dem französischen Protektorat Syrien. Auch Rußland unterstützte die kurdischen Bestrebungen in Persien, in der Türkei oder im Irak. Die „kurdischen Interessen“ reichen

allerdings noch sehr viel weiter: Nasser hat seine Agenten unter den Kurden und vermutlich auch andere kleinere Staaten mit „arabischen Interessen“. So kam es, daß jeder kurdische Stamm wenigstens einen eigenen Waffenlieferanten und Protektor finden konnte.

Die Leidtragenden dieser Manipulationen waren zweifellos die Kurden selber, die mit ihren Mitteln und Methoden einer modern ausgerüsteten Armee längst nicht mehr gewachsen sind. Um den Protektoren nicht wertlos zu erscheinen, mußten sie wenigstens den Schein aufrechterhalten, als seien sie noch ein militärisch ernst zu nehmender Faktor in der Orientpolitik. In Wirklichkeit sind sie heute kaum mehr als ein Mythos, vergleichbar etwa mit dem „heiligen Krieg“ der Araber, den Berbern oder der „muslimischen Bruderschaft“. Die dauernden Aufstände im Irak z. B. haben von den Kurden nicht nur große Opfer an Menschenleben gefordert, auch die wirtschaftlichen Verluste führten in manchen Gegenden zur totalen Verelendung ganzer Stämme.

Die kommunistische Kurdenpolitik

Die Kurden waren im Irak wie überall eine sowohl kulturell als auch wirtschaftlich benachteiligte und unterdrückte Minderheit. Die irakischen Regierungen hatten in den letzten Jahrzehnten alles unternommen, um die Kurden gewaltsam niederzudrücken. Diese Maßnahmen waren insofern notwendig, als ein Erstarken der Kurden zwangsläufig auch zu einer Sezession geführt hätte. Ob die Gewährung einer kulturellen Autonomie und einer Selbstverwaltung die Kurden zu loyalen Irakern gemacht hätte, kann man nach Lage der Dinge zu Recht bezweifeln. Auf jeden Fall aber hat die Arabisierungspolitik der irakischen Regierungen den kurdischen Widerstand verschärft.

Die irakischen Kommunisten, die bis zur Julirevolution 1958 ohnehin nur eine schwache und zudem noch vielfältig gespaltene Gruppe waren, haben aus dieser Situation nur geringfügige Vorteile ziehen können. Sie konnten einige der Kurden, die in den Großstädten zur unteren Schicht des Proletariats gehören, und einige kurdische Intellektuelle für sich gewinnen. Die Unterstützung der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung hat den Kommunisten jeweils mehr geschadet als genutzt, denn die Kurden sind bei den Arabern nicht gerade beliebt. Eine Unterstützung der Kurden mußte zugleich als eine Unterstützung der Feinde der Araber und nicht etwa der herrschenden Klassen erscheinen. Man versuchte es denn auch mit milden Lösungen, wie der Forderung nach „kultureller Autonomie“ und „Gleichberechtigung“.

Im eigentlichen Kurdistan konnten die arabischen Kommunisten nie Fuß fassen. Die Kurden pflegten ihre eigenen Beziehungen zu Moskau, und so wie die arabischen Kommunisten den Kurden nie ganz trauten, so wußte man in Rußland, daß die arabische Partei dem kurdischen Problem nicht gewachsen war. In Moskau wurde die Kurdenpolitik auf einer kurdisch nationalistischen Linie gepflegt, die zuweilen sogar den lokalen Interessen der arabischen Partei entgegengesetzt war.

Nach dem ersten Weltkrieg riß die Kette der Kurdenaufstände im Irak kaum ab (1920—1930, 1935, 1936, 1939 bis 1943, 1945). Motor der meisten dieser Erhebungen war der relativ kleine, aber sehr kriegerische Stamm der Barazani, der ursprünglich mit der kurdisch nationalistischen Bewegung sehr wenig zu tun hatte. Die Führer der Barazani sind Nachkommen eines allgemein verehrten

Derwisch des Nakschbandi-Ordens und tragen den religiösen Ehrentitel „Schech“ und Mullah. Die traditionellen Gegner der Barazani sind die Zibari, die besonders gute Beziehungen zu den Engländern unterhielten. Als nach dem Kurdenaufstand 1945 der Schech Achmed und sein Bruder Mustafa Barazani vor den Engländern bzw. den Irakern aus ihrer Heimat fliehen mußten, begaben sie sich mit einem Teil ihrer Gefolgschaft in die von der Sowjetunion in Nordpersien ins Leben gerufene „Kurdische Republik Mahabad“. Als die kurdische Republik nach dem Rückzug der Russen aus Persien zerschlagen wurde, kehrte Achmed in den Irak zurück und ergab sich dort den Irakern, die ihn in Bagdad gefangensetzten. Mustafa dagegen, der in Mahabad zum Ehrenmarschall der Sowjetunion ernannt worden war, zog mit einigen Hundert Kriegern in die Sowjetunion.

Die Kurdenpolitik Kassems

Mit der Juli-Revolution setzte scheinbar wenigstens ein radikaler Wandel in der irakischen Minderheitenpolitik ein. Kassem benötigte die aktive Hilfe der Kurden, um mit seinen Gegnern im Innern fertig zu werden. Die sowjetische Unterstützung garantierte ihm zugleich, daß diese die Kurden nicht gegen ihn unterstützen würden. Während des nasseristischen Aufstandes in Mossul erwies sich die Hilfe der Kurden als äußerst nützlich. Kassem ließ dann sogar im Frühjahr 1959 Mustafa Barazani zusammen mit seinen Anhängern aus der Sowjetunion zurückkehren (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.). Mustafa scheint trotz des langen Aufenthaltes und der Schulung in der Sowjetunion kein Kommunist geworden zu sein. Als politische Organisation baute er die „Kurdische Demokratische Partei“ nach dem Vorbild der kommunistischen Partei auf. Die kurdischen Kommunisten traten auf Weisung des Zentralkomitees der irakischen kommunistischen Partei dieser Partei bei. Mustafa Barazani, der sich nach seiner Rückkehr angeblich nicht immer freiwillig in Bagdad aufhielt, arbeitete sehr eng mit Kassem zusammen; es gelang ihm auch, einen erheblichen Einfluß auf die Kurdenpolitik der Regierung auszuüben. Als sich im Sommer 1959 der Bruch zwischen Kassem und den Kommunisten auftrat, benutzte auch Mustafa Barazani die Gelegenheit, einige Kommunisten aus seiner Partei auszuschließen, wozu ihm das Massaker in Kirkuk (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 26) eine günstige Gelegenheit bot. Kassem kehrte jedoch in der folgenden Zeit trotz des Entgegenkommens der Kurden zur Politik der früheren irakischen Regierungen zurück. Die Zeitung der Kurdisch-Demokratischen Partei wurde verboten, und eine ganze Anzahl von Kurden wurde wegen „kommunistischer Umtriebe“ — ohne daß diese je beim Namen genannt wurden — verhaftet. Die Versprechungen Kassems, wenigstens die kurdische Sprache anzuerkennen und in den kurdischen Siedlungsgebieten auch kurdische Beamte einzustellen, blieben unerfüllt. Kassem hat wohl sehr bald einsehen müssen, daß dies eine kurdische secessionistische Bewegung gestärkt hätte. So gestalteten sich die Beziehungen zwischen der Regierung und den Kurden seit 1960 immer ungünstiger.

Der Aufstand im Sommer 1961

Die Ursachen und der Verlauf des jüngsten Kurdenaufstandes können, da die Nachrichtenquellen sehr unzuverlässig sind, nur schwer rekonstruiert werden. Mustafa Barazani begab sich im Herbst 1960 zu den Feierlichkei-

ten anlässlich der Oktoberrevolution nach Moskau und kehrte auf unbekanntem Wege und zu einer unbekanntenen Zeit von dort nach Kurdistan zurück („New York Times“, 28. 12. 60, und „Neue Zürcher Zeitung“, 5. 10. 61). Im Winter dieses Jahres kam es zu den ersten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Stämmen im Irak, im besonderen zwischen den Barazani und deren Verbündeten und den Zibari. Die Barazani wollten sich offenbar die Zibari unterwerfen, möglicherweise um sich so deren Kooperation in einem Aufstand gegen die irakische Regierung zu sichern. Diese Aktion, die zur Verwüstung einer Anzahl Dörfer führte, war insofern erfolgreich, als einige Gruppen der Zibari sich den Barazani anschlossen.

Die Kämpfe dauerten mit Unterbrechungen bis zum August 1961, ohne daß die irakische Regierung, die zu diesem Zeitpunkt in Kuwait engagiert war, ernstlich eingegriffen hätte. Vielleicht hoffte man in Bagdad sogar, daß die sich befehdenden kurdischen Stämme sich gegenseitig neutralisieren würden.

Am 7. September rief dann die Kurdische Demokratische Partei zum „Generalstreik“, d. h. zum offenen Aufstand gegen die Regierung auf, der von den Kurden allgemein befolgt wurde. Bis zum 11. September scheint es den Kurden gelungen zu sein, einige Verwaltungsstützpunkte der Regierung (Dohuk, Zakho und Teile von Ahmadia; vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 5. 10. 61) zu überwälzigen. Erst am 12. und 13. 9. 61 begann die irakische Luftwaffe die kurdischen Stützpunkte mit den modernsten, von der Sowjetunion gelieferten Raketen zu bombardieren. Dabei wurden nach Angaben der Kurden mehr als 50 Dörfer zerstört („L'Orient“, 25. 9. 61). Dieses Bombardement hat wohl den Widerstand der Kurden gebrochen, so daß die 2. irakische Infanterie-Division von Kirkuk und Mossul aus in das Aufstandsgebiet vorstoßen konnte. Am 23. 9. 61 gab Kassem die Niederschlagung des Aufstandes bekannt, doch wurde nach anderen Meldungen in den Grenzgebieten noch zu Beginn des Monats Oktober gekämpft. Mustafa und Achmed Barazani sind geflohen. Nachdem zuerst ihre Verhaftung in der Türkei und dann in Persien gemeldet wurde — beide Meldungen wurden von der persischen bzw. türkischen Regierung dementiert —, hieß es nach den letzten Nachrichten, daß Mustafa schwer verwundet in den Bergen versteckt sei.

Die Hintergründe des Aufstandes

Über die politischen Hintergründe des Aufstandes wurden bisher nur Spekulationen geäußert. Es war noch nicht einmal möglich, zu ermitteln, was eigentlich die Ziele dieses Aufstandes waren, der, das war von Anfang an sicher, nie zu einem Erfolg hätte führen können. Die irakischen Zeitungen haben die Erhebung als „imperialistische Umtriebe“ umschrieben und vermieden es sorgfältig, genauere Angaben zu machen. So schrieb die irakische Zeitung „Al Bajan“ (14. 9. 61) in einem Leitartikel: „... Einige Individuen versuchen, die nationalen Gefühle der Kurden zur Befriedigung ihrer eigenen Ambitionen zu mißbrauchen und sich als lokale Chefs und einzige Vertreter des kurdischen Nationalismus aufzuwerfen, obgleich unsere kurdischen Brüder in diesen Gebieten dies nicht billigen.“ Die moderne irakische Gesellschaft könne eine Monopolstellung einiger Clans nicht zulassen. Weiter heißt es dann: „Der Imperialismus beginnt nach seiner Niederlage wieder zu erwachen und mißbraucht den kurdischen Nationalismus, um die kurdisch-arabische Einheit zu zerstören und die Interessen der Kurden zu schädigen und uns von

unserem Befreiungswerk, das auf die Wiedergewinnung Kuweits gerichtet ist, abzuhalten“ (L'Orient, 15. 9. 61). Das war wenigstens indirekt gegen die Engländer gerichtet. Später beschuldigte Kassem namentlich England, hinter den Kurdenunruhen zu stehen. Die englische Regierung wies dies in einem offiziellen Protest in Bagdad zurück.

In der Tat kam der Kurdenaufstand den Engländern gelegen, denn dieser hinderte Kassem vielleicht wirklich daran, das von ihm geforderte Schechtum Kuweit zu besetzen. Dagegen spricht aber, daß die Barazanis ihr Geld vornehmlich aus Moskau nehmen, während die Zibaris, die lediglich Opfer der Unruhen waren, zu den traditionellen Freunden der Engländer gehören. Wenig wahrscheinlich ist auch, daß Mustafa Barazani im November 1960 in Moskau nicht die erwünschte Unterstützung gefunden hat und daher zu den Engländern überwechselte. Barazani weiß recht gut, daß die Zeit der Engländer im Irak vorbei ist.

Auch die naheliegende Annahme, daß die Perser sich für die Behinderung der persischen Schifffahrt in Abadan revanchierten, scheidet wohl aus, denn die Barazanis stehen ja auf der Seite der Gegner des gegenwärtigen Regimes in Persien und paktieren dort mit den Kommunisten und der Tudeh-Partei. Die arabischen kommunistischen Parteien gewährten den Kurden zwar Propagandahilfe, doch erhielten diese angeblich keinerlei direkte Unterstützung aus Moskau. Kassem, auf einer Pressekonferenz befragt, ob die Sowjetunion an dem Aufstand beteiligt gewesen sei, umschrieb die Situation wie folgt: „Es steht nicht fest, daß Verbindungen zwischen der Sowjetunion und den Meuterern bestanden, aber es steht fest, daß die Regierung Großbritanniens und andere Kreise hinter jener Bewegung steckten.“ Vielleicht ist das so zu ver-

stehen, daß die Zibaris von den Engländern gegen die Barazanis — d. h. Kassem's augenblickliche Gegner — unterstützt wurden, während Moskau die Barazanis nur im Stich ließ. Immerhin hätten die Engländer dann Kassem mehr geholfen als die Russen. Die „anderen Kreise“ nannte Kassem nicht. Gewiß ist es möglich, daß König Saud und der Schech von Kuweit zu ihrer Entlastung in der Kuweitkrise sich bei den Kurden engagierten. Da die Kuweitkrise aber erst im Sommer 1961 und reichlich überraschend kam, kann dies erst zu einem relativ späten Zeitpunkt geschehen sein. Es gibt aber auch eine ganz andere Möglichkeit — um an dieser Stelle die Spekulationen um eine neue zu vermehren —, nämlich die, daß es einen Kurdenaufstand im Sinne Kassem's überhaupt nicht gegeben hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Barazanis mit Billigung der Russen oder auch der Chinesen nur ihre Ansprüche auf eine politische Führerschaft gegenüber den anderen Stämmen durchsetzen wollten und daß sie, als ihnen dies gelungen war, von der irakischen Regierung, der diese Situation zu gefährlich wurde, angegriffen wurden. Der Generalstreik war dann vielleicht nur die Reaktion auf einen Angriff Kassem's gegen die Kurdische Demokratische Partei.

Das Kurdenproblem bleibt also ungelöst. Kassem kann schlechterdings die Kurden nicht ausrotten, er kann sie auch auf die Dauer nicht so behandeln, wie dies bisher geschah. Der einzige Erfolg des Aufstandes, falls man von einem solchen überhaupt reden darf, war eine Erklärung des irakischen Erziehungsministers, daß in den kurdischen Schulen, in denen die Unterrichtssprache Arabisch ist, von nun an zwei weitere Pflichtstunden in kurdischer Sprache gegeben werden müssen. Die bisherige Erfahrung spricht dafür, daß auch in Zukunft nicht allzu viele kurdische Kinder Schulen besuchen werden.

Hirtenworte in die Zeit

Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe anlässlich des Erscheinens von „Mater et magistra“

Am 6. November 1961 hat der österreichische Episkopat in einem gemeinsamen Sozialhirtenbrief die in Mater et magistra (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 536 ff.) entwickelten Weisungen, insbesondere zur Frage der Vergesellschaftung, zum Agrarproblem und zur Struktur der industriellen Arbeitswelt, expliziert und auf die besonderen Verhältnisse seines Landes angewandt. Das Schreiben, das der Seelsorge als Grundlage zur sozialen Bildungsarbeit dienen soll, wurde Anfang Dezember in den österreichischen Kirchenblättern publiziert und hat folgenden Wortlaut:

Anlässlich des 70-Jahr-Gedenkens der ersten großen Sozialzyklika ließ unser Heiliger Vater, Papst Johannes XXIII., eine neue Sozialzyklika erscheinen. Sie beginnt mit den Worten *Mater et magistra*, d. h. Mutter und Lehrerin. Die Kirche, so erklärt der Papst, ist Mutter und Lehrerin aller Völker. Diese neue Enzyklika hat einen weltweiten Gedankenflug. In ihr setzt der Papst das Wirken seiner Vorgänger fort, erweitert und vertieft es. Er wendet die Lehre früherer Päpste auf die Gegenwart an. Auf die Gegenwart, in der die soziale Frage ein neues

Gesicht bekommen hat. War nämlich früher die soziale Frage vor allem eine Arbeiterfrage, so ist sie jetzt zur Frage nach der richtigen Gesellschaftsordnung überhaupt geworden, in der auch die Landwirtschaft eine große Bedeutung hat. War die soziale Frage früher eine Angelegenheit innerhalb der Klassen und Stände, so ist sie jetzt eine Angelegenheit zwischen den Völkern geworden, die also die Grenzen eines Staates übergreift und sich auf das Ganze der Welt erstreckt.

Wir wollen nun die Lehren des neuen Weltrundschreibens auf unser Land anwenden und im einzelnen von drei Gebieten sprechen: von der fortschreitenden Vergesellschaftung, von der Agrarfrage, schließlich von der Struktur der industriellen Arbeitswelt.

Menschliche und christliche Note der Gesellschaft

Der Papst spricht von einer fortschreitenden Vergesellschaftung. Was ist Vergesellschaftung? Nun, die lebendigen Gemeinschaften, wie Familie, Nachbarschaft, werden immer mehr eingeengt. Dafür gewinnen die technischen Anlagen, die Großbetriebe, die genormten Massensiedlungen an